



© Collage: Lili Aschoff, Foto: Fortepan / Urbán Tamás

Wedding im Arbeitskampf

Gewerkschafter*innen in Warnwesten auf dem Weg zur Streikdemo, leere Supermarktregale und stillstehende Bahnen. Blockierte Straßen durch Traktoren und kraftvoller Protest der Sozialen Arbeit. Riesige Demonstrationen gegen den Krieg in Gaza und den Aufstieg der AfD. Mit Blick auf die letzten Monate könnte man fast sagen, der "Heiße Herbst", der vor eineinhalb Jahren ausgerufen wurde, wird erst jetzt, nach einem weiteren Jahr der Krisen nachgeholt. Gründe genug gibt es dafür auf jeden Fall: Die Inflation leert uns die Taschen immer

noch vor Ende des Monats, betrügerische Nebenkostenabrechnungen kommen noch oben drauf. Die Bundesregierung will die Vermögen der Reichen nicht antasten, aber weitere Milliarden in Krieg und Waffen stecken. Also wird stattdessen der Sozialstaat weiter abgebaut. Das Bürgergeld wird nachträglich so zurecht gestutzt, dass man es auch einfach wieder in Hartz 4 umbenennen könnte und in Berlin sind hunderte Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit von Schließungen bedroht.

Streiks und Proteste stellen die andere Seite der „Zeitenwende“ dar. Doch Angriffe auf das Streikrecht, auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch Politiker*innen und Polizei werden begleitet von einem bürgerlichen Journalismus, der es sich scheinbar zur Hauptaufgabe gemacht hat, die deutsche Staatsräson gegen jeden Widerspruch in Schutz zu nehmen.

Dem setzen wir mit der Plumpe eine

Perspektive von unten entgegen. Diese Ausgabe legt einen besonderen Fokus darauf, was die Krisenzeit für unsere Weddinger Nachbarschaft bedeutet. Die Berichte über den Streik im Jüdischen Krankenhaus und die gewerkschaftliche Arbeit an der Berliner Hochschule für Technik und den Aufbau eines Betriebsrates bei Nextbike motivieren, im eigenen Betrieb aktiv zu werden. Das Gespräch mit einem Nachbarn zu palästinensischem Leben im Wedding beleuchtet die Hintergründe der andauernden Proteste für einen gerechten Frieden in Gaza und die Hausgemeinschaft der Seestraße 110 gibt uns Einblick in ihren Kampf für den Kauf ihres Hauses durch den Bezirk statt den nächsten Immobilien-Spekulanten.

Aber auch zu den aktuellen Plänen mit dem frisch geschlossenen Karstadt am Leopoldplatz und dem zunehmenden Drogengebrauch direkt um die Ecke davon findet ihr in dieser Ausgabe Artikel. ☆

Mehr Personal für unser Kiezkrankenhaus S. 3

Der Kampf um Gesundheitsversorgung wird auch am JKB geführt

Arbeitskampf und Solidarität S. 8

Übernahme bei nextbike führt zu Widerstand

Karstadt am Leo ist passé S. 11

Der große Ausverkauf

Reproduktive Gerech- tigkeit im Wedding S. 15

Erfahrungen zusammen denken

Inhalt Ausgabe #12

TITEL

3 Mehr Personal für unser Kiezkrankenhaus!

Der Kampf um unsere Gesundheitsversorgung wird auch am Jüdischen Krankenhaus Berlin geführt

7 "Wir sind ver.di!"

Im Gespräch mit der ver.di-Betriebsgruppe der Berliner Hochschule für Technik (BHT)

8 Arbeitskampf und Solidarität

Übernahme bei nextbike führt zu Widerstand

GESCHICHTE

9 Erinnerung als Widerstand

50 Jahre nach dem Putsch in Chile

INTERNATIONAL

10 Nichts ist schlimmer als der Krieg

THEMEN

11 Karstadt am Leo ist passé

Der große Ausverkauf

12 Sozialer Notstand am Leopoldplatz

Unzureichende Finanzierung und prekäre Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit verschärfen die Krise

13 Kein Schutz fürs Milieu

Berlin lässt das Vorkaufsrecht verstauben

KOLUMNE

14 Weddinger Wut – Brandmauer und brauner Fluss

Warum der Kampf gegen Faschismus nicht mit den bürgerlichen Parteien, sondern nur gegen sie geführt werden kann.

Nachrichten

15 Reproduktive Gerechtigkeit im Wedding

Erfahrungen zusammen denken

Auftakt

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.noblogs.org

Mehr Personal für unser Kiezkrankenhaus

Der Kampf um unsere Gesundheitsversorgung wird auch am Jüdischen Krankenhaus Berlin geführt

Plumpe Redaktion

Wer in den letzten Monaten selbst im Jüdischen Krankenhaus Berlin (JKB) behandelt werden musste oder jemanden kennt, der dort arbeitet, weiß genau: Die Beschäftigten arbeiten schon lange am Limit und darunter leiden auch die Patient*innen. Auf keiner der Stationen gibt es genug Personal, um die Gesundheit der Patient*innen nachhaltig sicherstellen zu können. Und auch die Kolleg*innen selbst leiden unter der krassen Belastung, körperlich wie auch psychisch.

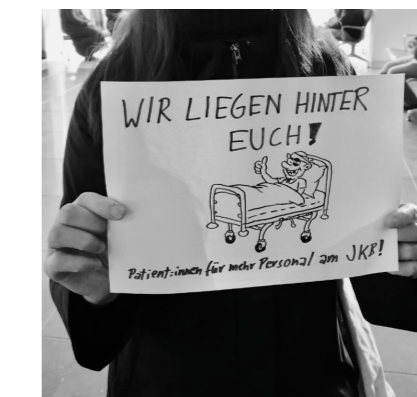
Wenn der Krankenstand in der Belegschaft wieder einmal steigt, können in dem kleinen Krankenhaus mitten in unserem Kiez oft nicht einmal die gesetzlichen Mindeststandards in puncto Patient*innenbetreuung eingehalten werden. Pflegekräfte müssen ständig auf Stationen einspringen, auf denen sie sich nicht auskennen. Physiotherapeut*innen helfen ihren Klient*innen nur noch beim Essen, statt sie zu befähigen, sich wieder selbstständig bewegen zu können. Und wenn die Servicekräfte nicht mehr hinterher kommen, leidet die Hygiene in allen Bereichen darunter. Insgesamt eine krankmachende Situation für alle Beteiligten.

Aber während viele ehemalige Kolleg*innen schon das Krankenhaus oder gleich den ganzen Beruf gewechselt haben, macht die derzeitige Belegschaft des JKB mobil gegen den Personalmangel:

Bereits in den letzten Jahren bauten sie über die Beteiligung an den Streiks im öffentlichen Dienst eine stabile gewerkschaftliche Organisation bei ver.di auf. Nach dem Vorbild der Berliner Krankenhausbewegung bei Charité und Vivantes, stellten sie die Forderung nach einem Tarifvertrag Entlastung (TVE) an ihrem Haus

»Es kommt vor, dass nur eine Pflegekraft und eine Hilfskraft nachts über 40 Patientinnen und Patienten versorgen müssen. Das gefährdet die Gesundheit.«

auf. Sie setzten ihrem Management ein Ultimatum, um darauf einzugehen und bildeten für die Verhandlungen mit der Geschäftsführung eine Tarifkommission aus Kolleg*innen der verschiedenen Stationen. Das Ziel ist es, für jede Station verbindlich festzulegen, wie viele Pflegekräfte pro einer bestimmten Anzahl Patient*innen eingesetzt werden. Müssen Pflegekräfte dennoch in unterbesetzten Schichten arbeiten, erhalten sie aus Ausgleich mehr



Auch Patient*innen zeigten sich solidarisch

Geld oder Freizeit. Das würde gleichzeitig die Arbeitsbedingungen am JKB attraktiver machen und finanziellen Druck auf die Krankenhausleitung ausüben, genug Leute einzustellen. Im Grunde ist das die zwingende Voraussetzung dafür, dass Pflegekräfte und Therapeut*innen ihren Beruf überhaupt erst so ausüben können, wie sie es in ihrer Ausbildung gelernt haben. Doch obwohl die Geschäftsführung ganze 50 Tage Zeit hatte,

sich darauf vorzubereiten, schien sie sich am ersten Verhandlungstag im November weder mit den Forderungen noch mit den Problemen an ihrem Haus beschäftigt zu haben. Die Belastungen seien nur „subjektive Eindrücke“, wurde den Kolleg*innen etwa vorgeworfen. Und auch nach mehreren Warnstreiks legte sie der Tarifkommission im Dezember kein Verhandlungsangebot vor. Stattdessen stellte sie klar, dass sie wenn überhaupt, dann nur über Entlastungen für examinierte Krankenpfleger*innen verhandeln würde. Die Beschäftigten, unter ihnen Servicekräfte, Therapeut*innen und Pflegehelfer*innen, ließen sich nicht auf diesen Spaltungsversuch ein. Im Gegenteil: Am 8. Januar traten sie gemeinsam in den unbefristeten Streik!

Solidarität aus der Nachbarschaft

Sie intensivierten den Kontakt zu solidarischen Gruppen und Einzelpersonen aus der Nachbarschaft, die bereits im November einen Unterstützungskreis gebildet hatten. Gemeinsam wurden etwa Touren durch den Kiez gemacht, um die Solidarität zu entfachen, Filmvorführungen im Kiezhaus Agnes Reinhold und in der Roten Ella organisiert und mehrere Kundgebungen durchgeführt. →

»Es heißt ja: Gesundheit vor Profit. Bei uns ist es andersrum. [...] Manchmal gehe ich heulend aus dem Dienst, obwohl ich Überstunden und keine Pause gemacht habe. [...] Viele haben die Kündigung schon in ihrem Spind«

- Zübeyde, Pflegerin in der Neurologischen Früh-Reha

Parallel dazu trafen sich die Kolleg*innen während der bestreikten Schichten in den Räumen der Prinzenallee 58, um dort gemeinsam zu essen, sich über Argumente für die kommenden Verhandlungen auszutauschen oder in verschiedenen Workshops zu üben, wie sie unentschlossene Kolleg*innen für den Kampf gewinnen können. Auch hierbei erfuhren sie nicht nur Unterstützung von ihren Gewerkschaftssekretär*innen, sondern etwa auch durch die sozialistische Stadtteilorganisation „Hände weg vom Wedding“ und das Bündnis „Gesundheit statt Profite“.

»Ich arbeite im Service. Im schlimmsten Fall gehen bis zu 150 Teller pro Schicht durch meine Hände. Ich bin für hygienische Zustände auf der Station verantwortlich. Es gibt nicht genug Leute, so dass ich das auf mehreren Stationen machen muss. Das ist nicht zu schaffen. Es wird an allen Enden gespart. Das muss aufhören. Ich sage: Nein! Und streike für mehr Personal.«

- Yvonne, Servicekraft



Solibotschaften aus dem Kiez bei der ersten Kundgebung vorm JKB

»Während die Belastungssituationen für die Beschäftigten immer schlimmer wird, werden die Verhandlungen weiter verschleppt und verzögert. [...] Sollte das JKB aber weiter auf Zeit spielen, werden weitere Beschäftigte in den Streik treten und zusätzliche Stationen geschlossen.«

- Ben, ver.di-Verhandlungsführer

Die Rückmeldungen aus dem Kiez waren durchweg solidarisch. Offensichtlich ist das Jüdische Krankenhaus wichtig für unseren Stadtteil und allen ist klar, dass das Beklatschen der Pflegekräfte nicht ausreicht.

Im Laufe der Wochen kamen nicht nur zahlreiche Grußbotschaften aus anderen Krankenhäusern und der Nachbarschaft zusammen, es schlossen sich auch immer mehr Kolleg*innen dem Streik an. Ein erster Erfolg war, dass das Management, das bisher scheinbar darauf setzte, dass sich die Ausdauer der Streikenden erschöpfen könnte, sich gezwungen sah, einen Verhandlungstermin vorzuverlegen.

Die Geschäftsführung verweist außerdem auf die finanzielle Lage des JKB. Fünf Millionen Euro kostet der bereits begonnene Bau eines neuen Bettenhauses. Da der Senat diese Kosten nicht ausreichend übernehme, stünde der Bau einer Investition in das Personal entgegen. Die

Streikenden verabschieden darauf eine Resolution in der sie klarstellen: "Wir weisen die Verantwortung für die finanzielle Schieflage von uns. Im Gegenteil: wir setzen uns mit unserem Streik für den Erhalt des JKB ein - nur mit guten Arbeitsbedingungen hat das JKB eine Zukunft."

Um trotzdem auch Druck auf die Politik auszuüben, findet eine Kundgebung der Streikenden vor dem Abgeordnetenhaus statt. Politiker*innen verschiedener Parteien waren immer wieder zu den Streikposten gekommen und haben warme Worte verloren, sollten aber jetzt ihrer Verantwortung nachkommen. Das Land Berlin muss das Jüdische Krankenhaus ausreichend finanziell unterstützen. →

Die Krise hat System

Die Problematik von Investitionsrückstaus und knappen Kassen ist dabei nicht nur ein Problem dieses Krankenhauses. Der komplette Gesundheitssektor ist systematisch unterfinanziert.

Das liegt daran, dass er der kapitalistischen Logik unterworfen ist, in der Investitionen nur dann getätigt werden, wenn daraus am Ende mehr Profit gewonnen werden kann. Konkret auf das Krankenhaus bezogen bedeutet das: In ein neues Bettenhaus wird Geld gesteckt, am Personal wird gespart.

Sämtliche Pflege- und Sorgearbeiten werden im Kapitalismus entweder als unbezahlte Arbeit ins Private verbannt oder unterliegen einem harten Sparzwang. Und es ist dabei kein Zufall, dass gerade in diesen Bereichen besonders viele Frauen und queere Menschen arbeiten. Das Patriarchat, also die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, wird benutzt, um die Abwertung angeblich „weiblicher“ Arbeit zu rechtfertigen. Es scheint „normal“, dass Menschen in diesen Bereichen unter besonders schlechten Bedingungen und oft unterbezahlt arbeiten. Die bestehenden Geschlechterverhältnisse werden von einem kapitalistischen Gesundheitssystem also gleichzeitig zur Gewinnmaximierung genutzt sowie von ihm stabilisiert.

Statt sich der Frage nach dem Geld unterzuordnen, orientieren sich die Forderungen der Streikenden konkret an ihren Bedürfnissen und denen ihrer Patient*innen. Sie entziehen sich so der Profitlogik und eröffnen damit einen kritischen Blick auf die grundlegenden Strukturen unseres Gesundheitssystems. Im Kern ist dieser Arbeitskampf also auch ein politischer Streik.

Um gute Arbeitsbedingungen und eine Gesundheitsversorgung, die unseren Bedürfnissen gerecht wird, zu ermöglichen, dürfen Krankenhäuser keine privatwirtschaftlichen Unternehmen sein. Sie müssen von den Kommunen und den Menschen, die in ihnen arbeiten verwaltet werden.

Ein Tarifvertrag Entlastung ist hier ein greifbarer Anfang. Aber auch andere Forderungen, die immer lauter werden, etwa nach der Abschaffung der Finanzierung über Fallkostenpauschalen oder dem Aufbau von kollektiv geführten und ganzheitlich arbeitenden Polykliniken, in denen auch die soziale Situation eines Menschen Berücksichtigung in der Beratung und Behandlung findet, sind entscheidende Schritte auf dem Weg zu einem sozialistischen Gesundheitswesen. →

»Ich streike, weil ich meine Patient*innen gut versorgen möchte, ohne Zeitdruck und Eile. Ich möchte wieder gern zur Arbeit gehen, ohne die Frage am Morgen: hoffentlich wird's nicht wieder so schlimm. Ich sehe hier auch Verantwortung in der Politik, denn gute Arbeit und gute Patient*innenversorgung sollte im Interesse aller Menschen liegen.«

- Kristina, Medizinisch-technische Assistentin im Herzkatheterlabor



Als Streiklokal wurden Räume des Hausprojekts Prinzenallee 58 genutzt, Foto von Ayrin Giorgia

»Ich erlebe zunehmend, den Patient*innen und ihren besonderen Anforderungen nicht mehr gerecht werden zu können. Es ist Pflege am Fließband. Ich befürchte, auf Dauer macht mich das selbst krank und dann stehe ich nicht mehr für die Versorgung zur Verfügung. So geht es vielen. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Zukunft immer weniger professionell Pflegenden zur Verfügung stehen. Deswegen brauchen wir einen Tarifvertrag Entlastung. Deswegen streike ich!«

- Gregor, Pfleger in der Psychiatrie

Der Erfolg des Streiks

Ende Januar ist es dann tatsächlich so weit: Die Leitung des JKB beugt sich der Streikmacht und einigt sich mit der Tarifkommission auf ein Eckpunktepapier, in dem Mindestbesetzungen bzw. Personal-Patient*innen-Schlüssel festgelegt werden - auch für Pflegehelfer*innen, Therapeut*innen und den Service! Werden diese wiederholt unterschritten, kriegen die betroffenen Beschäftigten Freischichten als Belastungsausgleich. Der Haken dabei: Der Tarifvertrag tritt erst in einem Jahr in Kraft. Erst ab Januar 2025 gibt es nach neun unterbesetzten Diensten eine Freischicht, ab 2026 dann bereits nach sieben. Wenn in einer Schicht weniger als 50% der vorgeschriebenen Besetzung da sind, wird dies doppelt gezählt. Obwohl es ein starker Erfolg ist, dass die Kolleg*innen sich nicht spalten lassen haben, haben die Kompromisse, die sie dafür in Kauf nehmen, es also in sich. Ob alle Kolleg*innen, die wegen Überlastung schon kurz vor der Kündigung standen, noch bis zum nächsten Jahr durchhalten, ist nicht klar.

Zum Redaktionsschluss der Plumpe steht die Urabstimmung zu diesem Verhandlungskompromiss unter allen ver.di-Beschäftigten des JKB noch aus. Eins ist aber bereits während des Streiks klar geworden: Der Arbeitskampf habe auf jeden Fall dafür gesorgt, dass die Kolleg*innen sich besser kennengelernt und ein Gemeinschaftsgefühl aufgebaut haben, das im stressigen Arbeitsalltag oft untergehe, betont ein Pfleger im Streiklokal. Außerdem mache es in Zeiten der Krise und frustrierender Antworten der Politik Mut, zu merken, dass es durchaus in unserer eigenen Macht liegt, Veränderungen zu bewirken, wenn wir uns organisieren. Die Erfahrungen, die die Kolleg*innen in den letzten Monaten gemacht haben, haben sie also für zukünftige Arbeitskämpfe gut gestärkt! ☆

»Verlasst euch nicht allein auf die Politik! Auch wir mussten lernen, dass die größte Stärke aus der eigenen Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter erwächst. Genau jetzt ist es wichtig, zusammenzuhalten und sich nicht alles gefallen zu lassen.«

- Aus der Solidaritätserklärung der ver.di-Betriebsgruppe der Charité Facility Management GmbH



Die ver.di-Warnweste stets dabei für spontane Aktionen im Kiez. Foto von Irene Merloni

»Es besteht immer die Gefahr, dass die Leute irgendwann zurückrudern. Aber die Stimmung ist gut und wir werden durchziehen. Wir kriegen sogar viel Zuspruch von unseren Stationsleitungen.«

- Kräuterdaniel, Pfleger auf der Neurologischen Frühreha



Tipps für die Betriebsgruppenarbeit

- auch eine kleine Gruppe reicht, um mit der betrieblichen Aktivität zu starten
- persönliche Gespräche mit den Kolleg*innen sind wichtiger als Social Media
- wenn ihr als Gewerkschafter*innen im Betrieb unterwegs seid, macht es nicht allein, sondern mindestens zu zweit
- regelmäßige Treffen, auch in lockerer Runde, sorgen für Ansprechbarkeit
- die Treffen müssen nicht im Betrieb stattfinden

Weitere Informationen und Kontakt zur Betriebsgruppe findet ihr auch online: <https://verdi-bht.de/>

»Wir sind ver.di!«

Im Gespräch mit der ver.di-Betriebsgruppe der Berliner Hochschule für Technik (BHT)

Plumpe Redaktion

Die Berliner Hochschule für Technik (BHT) bei uns im Wedding ist Teil des öffentlichen Dienstes in Berlin und somit im Tarifvertrag der Länder (TV-L). Einige der Beschäftigten befinden sich gerade im sogenannten Aktivierungstreik, als ich mich im November mit ihnen treffen kann. Das heißt, dass sie als gewerkschaftlich Aktive in ihrem Betrieb unterwegs sind, um ihre Kolleg*innen während der Arbeitszeit über die nächsten geplanten Streiks zu informieren. Sie organisieren sich auch außerhalb des Streiks in einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe und können so gemeinsam weitere Kolleg*innen für den Arbeitskampf motivieren.

Das klappt auch gut: Dafür, dass die Hochschule im Gegensatz zu den großen Unis nur einige hundert Beschäftigte hat, beteiligen sich im Vergleich ziemlich viele Kolleg*innen. An den Streiktagen sammeln sie sich vor der BHT im Wedding und fahren gemeinsam zu den betriebsübergreifenden Demos. Ich frage sie, wie sie es schaffen, ihre Kolleg*innen zu motivieren? Die Inflation selbst sorgt dafür, dass die Leute merken, dass sie aktiv werden müssen, wenn sie nicht am Ende des Monats mit leeren Taschen dastehen wollen. Auf der anderen Seite arbeitet die ver.di-Betriebsgruppe auch schon seit den 90ern, ist im Personalrat vertreten und widmet sich ausdauernd den Belangen der Belegschaft. Sie sorgt dafür, dass Gewerkschaft nicht als eine außenstehende Sache wahrgenommen wird, sondern als eine Organisation, die von den Kolleg*innen gebildet wird und konkret im Betrieb für gute Arbeitsbedingungen kämpft.

Vernetzung

Der Allgemeine Studierendenasschuss (AStA) an der BHT tritt im Vergleich zu anderen Unis weniger politisch auf. Da spielt vielleicht mit rein, dass es an der technischen Hochschule keine Studiengänge für Politikwissenschaften oder Soziologie gibt. Allerdings dürfte auch die Klassenherkunft vieler Studierender an der BHT eine große Rolle spielen. Wer hier studiert, macht das nicht als Selbstzweck oder um Zeit für Aktivismus zu haben, sondern um technisch



Mitglieder der Betriebsgruppe auf dem Weg zur Berliner Streikdemo

ausgebildet zu werden, und dann schnell im Berufsleben das dringend benötigte Geld für teure Mieten und gestiegene Preise zu verdienen. Dementsprechend hat sich bisher noch keine enge Zusammenarbeit zwischen dem AStA und der Betriebsgruppe entwickelt, auch wenn diese dafür offen ist.

Trotzdem sind auch Studierende Teil der Betriebsgruppe, so etwa Olivia. Neben ihrem Studium an der BHT ist sie hier auch Angestellte in der Roboter- und KI-Forschung. Sie erklärt, dass studentische Beschäftigte außerhalb von Berlin nirgends einen Tarifvertrag (TV-Stud) haben. Deswegen streiken sie gemeinsam mit den TV-L Kolleg*innen bundesweit. Auch hier in Berlin - in Solidarität mit ihren Kolleg*innen in den anderen Bundesländern. Durchgesetzt werden konnte die Forderung nach einem TV-Stud in dieser Tarifrunde allerdings noch nicht.

Dafür hat die Betriebsgruppe noch andere überraschende Unterstützung bekommen: Ein Kollege aus der Bibliothek am Leopoldplatz, also ebenfalls im öffentlichen Dienst, kam an der BHT vorbei und unterstützte die Betriebsgruppe dabei, ihre Kolleg*innen für den Streik zu mobilisieren. Kennengelernt hat man sich über eine gewerkschaftliche Konferenz, auf der in den Blick genommen wurde, wer wo in

Berlin arbeitet.

Immer wieder führt uns das Gespräch dahin, wie wichtig der Austausch und die Vernetzung in der Gewerkschaft ist. Hier lernt man voneinander, welche Methoden und Tricks es gibt. Man kann auf Workshops und Konferenzen von den Erfahrungen in anderen Betrieben lernen und sogar personelle Unterstützung bekommen, wenn für eine Aktion oder Veranstaltung im Betrieb mal nur wenig Kapazitäten da sind.

Die Basis im Betrieb

Obwohl sich die Arbeit der Kolleg*innen natürlich auf ihren eigenen Betrieb konzentriert, haben sie auch einen Blick für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Einer betont etwa, dass es im Angesicht der Digitalisierung nur angebracht wäre, wenn die Gewerkschaften die 4-Tage-Woche erkämpfen. Ansonsten käme die gesteigerte Produktivität nur den Profiten weniger Kapitalist*innen zu Gute. Seine Kollegin wirft allerdings ein, dass das mit der Digitalisierung am eigenen Arbeitsplatz gerade eher für Schwierigkeiten sorgt und schlägt damit den Bogen zurück zur betrieblichen Arbeit. Die ist nun mal das A und O für den Aufbau einer starken gewerkschaftlichen Basis, die es auch braucht, wenn wir größere Themen in Angriff nehmen wollen! ☆

Arbeitskampf und Solidarität

Übernahme bei nextbike führt zu Widerstand

Eure Genoss*innen der Arbeitskampfkommision vom STK Wedding



Jede Menge defekte nextbike-Leihfahräder – die Bedingungen für deren Service wollen die Mitarbeitenden jetzt selbst bestimmen!

Im November 2022 übernahm die Scooterfirma TIER Europas größtes Bikesharing-System - nextbike. Doch im Schatten dieser wirtschaftlichen Übernahme verbarg sich noch viel mehr: ein unterdrückter Versuch, einen unternehmenseinheitlichen Betriebsrat bei nextbike zu gründen. Geschäftsführer und Rechtsteams beider Unternehmen zwangen die Belegschaft damals zur Aufgabe.

Nach der Übernahme

Die einstige Start-Up-„Familie“ wandelte sich schnell, die Kommunikation von oben nach unten wurde zur Norm und die Mitarbeiter*innen erhielten keine Antworten mehr auf ihre Anliegen. Auch das Gefühl der individuellen Bedeutungslosigkeit wuchs und Versprechen zu Gehaltserhöhungen blieben unerfüllt. In Zeiten steigender Lebenshaltungskosten wurden die Mitarbeiter*innen immer näher an die Armut getrieben, während das Unternehmen auf Kosten der Angestellten die eigene Profitabilität sicherstellen wollte. Der Frust wuchs und die Belegschaft ent-

schied sich zum Widerstand gegen die enttäuschenden Bedingungen.

Herausforderungen und Erfolge im Gründungsprozess

Trotz der Angst vor Kündigungen und unterschiedlichem Wissen über die Formalien wagte eine Gruppe von Mitarbeiter*innen von nextbike in Berlin einen Anlauf einer lokalen Betriebsratsgründung. Zum Juli 2023 gelang ihnen die Gründung, motiviert durch die gute Vernetzung untereinander und dem Wunsch, die eigenen Interessen mit eigener Kraft zu vertreten.

Solidarität in der Nachbarschaft

Auch weil die Gruppe der Gründer*innen Unterstützung von den Stadtteilkomitees (STK) Wedding und Neukölln erhielt, war der Prozess gut organisiert und erfolgreich. Die zur selben Zeit gegründete Arbeitskampfkommision des STK Wedding zielt genau auf diesen Effekt ab: Solidarisch durch Organisation und Bera-

tungen die Arbeitsbedingungen der Kiezbewohner*innen verbessern und ein Bewusstsein für Arbeitskämpfe im Kiez schaffen.

Arbeitnehmer*innenvertretung als Schlüssel zum Erfolg

Die Betriebsratsgründung bei nextbike führte bisher zur Durchsetzung verbesserter Arbeitszeitregelungen und Erleichterung für Steuerrückzahlungen der Arbeitenden. Außerdem bietet der Betriebsrat den Angestellten aktuell eine große Sicherheit: TIER entlässt unentwegt Mitarbeitende aus den eigenen Reihen und nextbike sieht sich womöglich wieder als alleinstehende Firma vor einer ungewissen Zukunft. Doch mit einem Betriebsrat müsste z.B. jede Kündigung genehmigt und jede Veränderung der Arbeitsumstände verhandelt werden. Die Bedeutung einer Arbeitnehmervertretung zeigt sich besonders in wirtschaftlich unsicheren Zeiten und unterstreicht die Notwendigkeit, sich gemeinsam zu organisieren

Gemeinsame Organisierung als Schlüssel zur Selbsthilfe

Die Arbeitnehmer*innen müssen sich im Betrieb und in der Nachbarschaft organisieren, um schlechte Arbeitsbedingungen zu bekämpfen. Die Arbeitskampfkommision des STK Wedding unterstützt die Gründung und Begleitung von Arbeitnehmer*innenvertretungen im Kiez. Nur durch gemeinschaftliche Organisierung können Arbeitnehmende ihre Rechte einfordern und profitgierigen Unternehmen wirksam entgegenzutreten. Schon immer liegt der Fokus der Arbeitenden auf Selbsthilfe, Solidarität und Organisation. Die Arbeitskampfkommision setzt sich dafür ein, dass Arbeitnehmende ihre Rechte kennen und diese gemeinsam durchsetzen können. Nur durch ernsthafte, gemeinschaftliche Organisierung und Klassenbewusstsein können die Arbeitnehmer*innen der Vereinzelung im neoliberalen Kapitalismus wirksam entgegenzutreten. ☆

Erinnerung als Widerstand

50 Jahre nach dem Putsch in Chile

Reinaldo und Esther

Im vergangenen September gab es berlinweit Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des Faschistischen Putsches in Chile. So auch im Stadtteilkomitee Wedding in der Buttmannstr 1A, aber hierzu später mehr.

Am 11. September 1973 gelang es dem Diktator Augusto Pinochet mithilfe des Militärs, sich an die Macht zu putschen. So markiert dieses Datum den Beginn einer der brutalsten faschistischen Diktaturen Lateinamerikas, in der, unter dem Kommando der Militärjunta abertausende Menschen verschleppt, gefoltert und ermordet wurden.

Am Tag des Putsches wurde der Palacio de la Moneda (Regierungsgebäude) bombardiert und Widerstand gegen die Machtübernahme wurde systematisch ausgeschaltet. Nach der Machtübernahme wurden politische Führer des politischen Bündnisses, Unidad Popular, verfolgt, ermordet oder mussten ins Exil fliehen. Die Presse wurde zensiert, politische Oppositionen wurden unterdrückt und der Nationalkongress wurde aufgelöst. Für das Land sollte ab da an nie wieder etwas so sein wie zuvor, und die Gräueltaten der Diktatur hinterließen in der Geschichte der chilenischen Gesellschaft eine offene Wunde.

Doch wie konnte es dazu kommen? Der historische Kontext einer von der Arbeiterklasse demokratisch gewählten, sozialistischen und reformistischen Einheitsregierung wurde von der chilenischen Rechten, die von den USA unterstützt wurde, schnell boykottiert, da diese befürchteten, dass sich dieses Phänomen schnell auf ganz Lateinamerika und andere Teile der Welt ausbreiten würde. So übten US-Präsident Richard Nixon und sein Außenminister Henry Kissinger einen entscheidenden Einfluss auf die rechten, elitären Gruppen aus und finanzierten diese, um die Regierung von Salvador Allende zu stürzen.

Vor diesem Hintergrund muss die Erinnerung eine Erinnerung an einen fordernden Kampf sein und ist keineswegs nostalgisch, wie uns verschiedene politische Akteure und Massenmedien weismachen wollen. Die Erinnerung muss immer einen kämpferischen Geist behalten, um die Herrschaft der besitzenden Klassen dieses Landes in Frage zu stellen, die in der Gegenwart die Arbeiterklasse ausbeutet und die Ressourcen eines ganzen Landes nach Belieben verkauft und die sozialen Ungleichheiten weiter vergrößert.

50 Jahre nach dem Staatsstreich sind die Kontinuitäten der Kooperation von Kapital und Faschismus noch deutlich zu spüren, denn die Herrschenden haben seit dem Ende der Diktatur und auch noch mit der sozialen Revolte von 2019 gezeigt, dass ihre Interessen über denen des Volkes stehen.



Design: Yerko Amaru

In Chile und in verschiedenen Teilen der Welt wurden Veranstaltungen zum Gedenken an die dunkle Episode der Diktatur organisiert. In Berlin wurde unter anderem mit der Ausstellung "Memoria Máquina" der Widerstand verschiedener Protagonisten, die die Folgen des Militärputsches erlebten und weiterhin erleben, gezeigt.

In einer weiteren Veranstaltung, organisiert vom Stadtteilkomitee Wedding, wurde mit ChilenInnen und Mapuche (UreinwohnerInnen) über die Folgen des Staatsstreichs, die Umsetzung des Neoliberalismus nach der Diktatur, die Privatisierung der natürlichen Ressourcen und die Unterdrückung, die das Volk der Mapuche im Laufe seiner Geschichte erfahren hat, gesprochen.

Die Selbstverwaltung, wie sie auch das Stadtteilkomitee Wedding praktiziert, ist ein Instrument des Widerstandes, das uns sowohl in Chile als auch in Deutschland vereint, um alternative Gesellschaftsformen aufzubauen und einem System der Ausbeutung von Mensch und Natur etwas entgegen zu setzen. ☆

Nichts ist schlimmer als der Krieg

Stadtteilkomitee Wedding

Im Gazastreifen herrscht seit Monaten Krieg, zehntausende Tote und Städte, die bis zur Unkenntlichkeit von Israel zerbombt wurden sind das grausame Resultat. Während die Ampel-Regierung ihre uneingeschränkte Unterstützung für den israelischen Staat betont und die Augen vor ihren Kriegsverbrechen verschließt, bangen allein hier in Berlin zehntausende Palästinenser*innen um die Existenz ihrer Familien und ihres Volkes im Gazastreifen und im Westjordanland.

Wir haben uns mit unserem palästinensischen Nachbarn Anas getroffen, der als Kind nach Deutschland kam. Er ist im Soldiner Kiez aufgewachsen und lebt dort heute noch. Beim Tee sprachen wir mit ihm über das Flüchtlingsheim, das Leben im Wedding und die Situation als Palästinenser in diesen Tagen in Berlin.

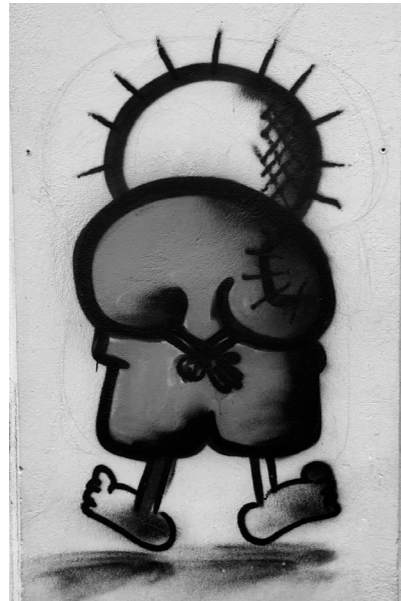
Fangen wir an mit deiner Geschichte, erzähl uns wie du nach Berlin gekommen bist.

Meine Eltern sind in Palästina geboren, aber die Stadt existiert so nicht mehr. Mein Großvater verließ die Heimat nachdem ein israelischer Soldat ihm sagte, dass sie ihr Dorf „für die Gerechtigkeit“ niederbrennen würden. So wurde meine Familie zu Geflüchteten im Libanon. Aber auch dort kam es ja zum Bürgerkrieg. Wenn man an der Grenze zu Israel lebt, ist man dem Krieg nicht fern. Als Kind siehst du die israelischen Kampffjets wie sie über eure Köpfe fliegen und ihre Angriffe durchführen. So sind wir Mitte der 2000er Jahre erneut geflohen, diesmal vom Libanon nach Deutschland, das ist jetzt fast 20 Jahre her.

Bei unserer Ankunft in Berlin sind wir in einem Flüchtlingsheim in Richtung Landsberger Allee untergekommen, heute gibt es dieses Heim nicht mehr. Damals waren dort vor allem Menschen aus dem Balkan untergebracht, also konnten wir wegen der Sprache schwer miteinander kommunizieren. Die Betten bestanden aus Platten ohne Lattenrost, etwa zehn Familien haben sich eine Toilette und eine Küche geteilt. Einmal die Woche durfte man einmal die Waschmaschine nutzen. Der Pförtner in dem Heim damals hatte sein ganz eigenes rechtes Weltbild und ging auch demensprechend mit uns um.

Wie war euer Status als palästinensische Geflüchtete?

Als staatenlose palästinensische Geflüchtete waren wir geduldet und es galt für uns damals der Paragraph 25/5. Das hieß, uns war die Beschäftigung nicht gestattet, Wohnsitzänderung war nicht gestattet auch die Ausreise aus Berlin war nicht gestattet, ganz zu schweigen von einer Ausreise aus Deutschland. Oft bestand der Alltag daraus, um 4 Uhr morgens in der Ausländerbehörde am Automaten anzustehen, um eine Wartenummer zu ziehen bis man endlich dran kommt, um die Duldung zu verlängern. Das führt auch dazu, dass z.B. meine älteren Geschwister keine Ausbildung anfangen



Graffiti eines Handalas, ein bekanntes Symbol für palästinensische Identität und Widerstand

konnten, da kein Betrieb in jemanden investieren wollte, der vielleicht in drei oder sechs Monaten abgeschoben wird. Auch bei mir war es so, dass ich trotz meines Abis nicht studieren durfte. Erst nach langem Hin und Her in der Ausländerbehörde und als dann irgendwann mein Aufenthaltsstatus geändert wurde, konnte ich studieren. Der problematische Umgang der Behörden mit der Staatenlosigkeit zieht sich ja bis heute, so das es etwa zu Fällen kommt, in welchen das „palästinensische Autonomiegebiet“ zwar als Herkunft angegeben werden kann, aber wiederum nicht offiziell anerkannt wird.

Später bist du ja in den Wedding gezogen und lebst seit dem hier, was hat sich dadurch für dich geändert?

Im Wedding war es dann anders als im Heim. Ich sah als Jugendlicher, dass viele Menschen hier uns sehr ähnlich waren. Viele Leute aus dem Nahen Osten, Türken, Kurden, Araber, aber auch Albaner, Serben usw., und irgendwie kamen alle miteinander klar. Auch mit den wenigen deutschen Nachbarn, die wir hatten, gab es ein gutes Verhältnis. Vieles an Problemen, die aufkamen hat man unter sich geklärt. In der Schule war es etwas anders. Als Kind nimmt man es vielleicht einiges nicht so wahr, was einem dann erst später auffällt. Aber trotzdem, wenn ich so auf meine Neffen und Nichten gucke, die heute zur Schule gehen, habe ich das Gefühl, dass es schlimmer geworden ist. Wenn ich dann von denen höre, dass sie beim Malen, wo jedes Kind sein Herkunftsland malt, Palästina nicht malen durften und die Lehrerin ihnen sagt dass es dieses Land nicht gebe...

Berlin hat ja eine der größten palästinensischen Communities in Europa, wie fühlt ihr euch in diesen Tagen von der Politik und der Öffentlichkeit behandelt?

Von der Politik wird gefühlt erwartet, dass wir unseren Mund halten, still sitzen und nur zuschauen, wie unsere Familien und unser Volk in der Heimat ausgelöscht werden. Wieso sollen Parolen, die nach Freiheit für Palästina rufen schon unter Antisemitismus verdacht stehen? Es wird ja nicht anderes gefordert als die Freiheit für ein Volk, es wendet sich weder gegen die jüdische Bevölkerung, noch beinhaltet es überhaupt eine Aussage zu Israel oder dem Existenzrecht. Das ist eine Einschränkung der Rede und Meinungsfreiheit und ist so, als ob du mit der Hand jemanden den Mund zuhälst und sagst du darfst nicht reden. Dazu kommen ja noch die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und das aggressive Vorgehen der Polizei. Die ganze Kriminalisierung, die sich von dem Tragen des traditionellen Kuffiyah →

Tuchs bis zum Wehen der palästinensischen Fahne erstreckt hatte, gab uns angesichts des laufenden Kriegs noch mehr das Gefühl, dass unsere Leben nichts Wert sind, dass Palästinenser für die Politik einfach wie Luft sind und dass unser Tod auch kein Verlust ist.

Nichtsdestotrotz ist die palästinensische Community untereinander gut vernetzt, es gibt eine enge Solidarität und wenn was passiert, bekommen es alle mit. Auch die Verbundenheit von vielen Nicht-Palästinensern zu uns ist für uns spürbar. Vor allem von anderen Ausländern und migrantischen Communities, die auch selbst Krieg erlebt haben. Vor allem von diesen Leuten gibt es Zuspruch z.B. Bosnier oder auch Kurden, die ihr Leid mit der Türkei als Aggressor

zu tragen haben. Bei uns im Bezirk und in Stadtteilen wie Neukölln oder Kreuzberg haben wir entsprechend nicht das Gefühl, entfremdet zu sein, sondern sind dort auch Teil der Gesellschaft. Ansonsten passt man in anderen Bezirken schon auf, dass die Leute nicht mitkriegen, dass man Palästinenser ist. Oft wenn man gefragt wird, woher man kommt, sieht man schon an Gestik und Mimik, dass man etwas Bestimmtes hören will, weshalb man dann die palästinensische Herkunft verschweigt. Wenn man irgendwo über den Israel-Palästina Konflikt redet, bekommt man auch von dem einen oder anderen Bio-Deutschen gewisse Sprüche und man liest ja auch im Internet den ganzen Hass in den Kommentarspalten. Es ist unglaublich, dass es solche Leute gibt, die

diesen Krieg, so wie er grade stattfindet, relativieren und ihm einen vermeintlich demokratischen Anstrich verleihen wollen. Leute, die dir mit Hass begegnen, weil du gegen das Morden bist.

In die Politik in diesem Land und dieser Regierung habe ich keine Hoffnung. Aber international steigt der Druck für ein Ende des Krieges, Viele Menschen und auch Staaten wie Südafrika oder auch diverse lateinamerikanische Länder setzen sich im Gegensatz zu unserer „feministischen“ Außenministerin dafür ein. Ich hoffe, dass der Krieg bald zu einem Ende kommt, denn nicht ist schlimmer als der Krieg und der Handel mit dem Tod. ☆

Karstadt am Leo ist passé

Der große Ausverkauf

Malina

In Berlin werden die Filialen an der Wilmersdorferstr. und an der Müllerstr. aus Insolvenzgründen geschlossen. Der Umbau des Gebäudes für die Filiale am Hermannplatz liegt derweil auf Eis. Viele Menschen verlieren ihren Job.

Eigentlich hatte der Mutterkonzern Signa auch mit dem Gebäude am Leo noch viel vor. Noch im Oktober 2023 luden die Signa Real Estate, die Architekt*innen des Ausschreibungsgewinners und der Bezirksstadtrat Gothe die Nachbarschaft zu einer Veranstaltung ein, um das Bauvorhaben zu erörtern. Danach kam die erneute Pleite bei Signa. Ihre Anteile wurden nun vom zweiten Investor – der Versicherungskammer Bayern – komplett übernommen. Diese hält weiter an einem Bauvorhaben fest, will aber zunächst die Gemengelage abwarten, sei sich aber der „städtebaulichen Bedeutung“ des Gebäudes bewusst.

Nach wie vor bleibt unklar, was die Weddinger*innen davon haben werden. Eine „Zwischennutzung“ wurde auf der Nachbarschaftsveranstaltung als schwierig bis ausgeschlossen bezeichnet. Bis zum Umbau wird das Gebäude vermutlich leer stehen. Und auch das Bauvorhaben „Ein Haus für alle“ kann skeptisch betrachtet werden. So sollen neben Konsumflächen, Büros und Wohnungen eine „gemeinwohlorientierte Fläche“ entstehen, deren Nutzung per Bedarfsabfragen entschieden wird. Wie

das ablaufen soll ist unklar. Auch, ob eine Fläche z.B. den Menschen zu Gute kommt, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft auf dem hinteren Leo aufhalten und teilweise weder über eine eigene Wohnung noch geeigneten Konsumraum verfügen, ist noch nicht geklärt. Das Konzept „Ein Platz für alle“ scheiterte bereits direkt vor der Tür des ehemaligen Karstadts.

Von den 80 geplanten Wohnungen sollen etwa 40% Sozialwohnungen werden,

mit Mietpreisen zwischen acht und elf Euro den Quadratmeter. Ob es dafür Verträge gibt und wie lange diese gelten sollen, ist ebenfalls offen.

Am Leo haben nun viele Menschen ihren Job verloren. Das Gebäude wird vermutlich lange Zeit leer stehen und die Befürchtung, dass der Umbau zu einer Aufwertung anstelle einer Bereicherung für die Weddinger*innen führt, ist groß. ☆



Karstadt an der Müllerstr: 1978 eröffnet - 2024 geschlossen

Sozialer Notstand am Leopoldplatz

Unzureichende Finanzierung und prekäre Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit verschärfen die Krise

Marc aus dem Solidaritätstreff "Hart am Limit - Soziale Arbeit im Kapitalismus"



schaftliche Überforderung in einer kapitalistischen Struktur wider.

Es ist einfach zu sagen, dass die Drogenkonsumierenden selbst für ihre miserable soziale Situation verantwortlich sind. Aber um die Situation vor Ort wirklich zu verstehen, müssen die tiefer liegenden strukturellen Ursachen betrachtet werden. Die zunehmende Armut in der Gesellschaft, bedingt durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die damit verbundenen Krisen. Ob Corona-Pandemie, Krieg oder Inflation, immer steigen die Preise, sei es für Wohnraum, Energie oder Lebensmittel. Das drängt viele Menschen an den Rand der Gesellschaft, wo sich Drogenprobleme und andere soziale Probleme vervielfachen.

Schnell wird der Ruf nach mehr Polizei laut. Doch die Situation erfordert eine andere Herangehensweise. Immerhin ist man sich inzwischen weitgehend einig und wiederholt bei jeder Gelegenheit, dass das "ständige Vertreiben" von Menschen von einem Ort zum anderen, wie es bei Obdachlosen und Drogenkonsument*innen häufig der Fall ist, nur zur weiteren Eskalation beiträgt.

Bei der „Szene“, die sich am Leopoldplatz trifft, handelt es sich vor allem um Menschen, die individuell isoliert und in ihren tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Ihnen fehlt ein soziales Netz, das sie in der Bewältigung ihrer Probleme unterstützen und sie in Krisen auffangen könnte. Durch den Entzug gesellschaftlicher Teilhabe befinden sie sich in einem Zustand, in dem die Energie, die normalerweise zur Selbstverwirklichung dient, stattdessen auf Destruktion gerichtet ist. Der damit verbundene psychische und soziale Problemdruck der Betroffenen ist unvorstellbar hoch und erfordert einfühlsames und unterstützendes Handeln.

Das wissen auch die Aktiven vor Ort, weshalb neben mehr Polizeipräsenz auch mehr Sozialarbeit gefordert wird, um die sozialen Härten vor Ort abzufedern und den Betroffenen professionelle Hilfe anzubieten. Die Sozialarbeit, die in der Vergangenheit oft auch als soziales Feigenblatt für ordnungspolitische Verdrängung eingesetzt wurde, ist jedoch aufgrund unzureichender Finanzierung, Personalmangels und prekärer Arbeitsbedingungen nicht in der Lage, die an sie gestellten Anforderungen angemessen d.h. bedürfnisorientiert zu erfüllen.

Die katastrophalen Zustände am Leopoldplatz machen deutlich, dass die Menschen vor Ort unter einer doppelten Belastung leiden: Zum einen unter dem sozialen Elend, das mit dem Drogenkonsum verbunden ist, zum anderen unter dem Versagen eines Systems, das nicht in der Lage ist, adäquate Hilfen bereitzustellen.

Die offensichtliche Überforderung und Handlungsunfähigkeit des Bezirks in dieser Situation wird uns angesichts von Sparzwängen und Kürzungen im Sozialbereich in Zukunft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch häufiger begegnen. ☆

Die Drogenproblematik am Leopoldplatz im Berliner Bezirk Wedding spitzt sich weiter zu. Direkt neben dem Kinderspielplatz trifft sich die Drogenszene. Am helllichten Tag und in aller Öffentlichkeit werden Heroin und Crack konsumiert. Spritzen liegen auf dem Boden. Die Stimmung ist angespannt, es kommt zu Gewalt innerhalb der Szene und von Seiten der Polizei gegen die Drogenkonsument*innen.

Die Situation vor Ort ist vor allem Ausdruck eines gesellschaftlichen Mangels an Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Sie spiegelt die soziale Entfremdung untereinander und die allgemeine gesell-



Mieter*innen der Seestr. 110 und deren Unterstützer*innen protestieren vor ihrem Haus

Kein Schutz fürs Milieu

Berlin lässt das Vorkaufsrecht verstauben

Christoph

Die Mietsituation in Berlin ist wahrlich nicht beneidenswert. Der Wohnungsbau kommt nur schleppend voran, während immer mehr Menschen in die Hauptstadt-Metropole ziehen. Das Resultat: In keiner anderen deutschen Großstadt sind die Mietpreise in den vergangenen zehn Jahren so rasant gestiegen wie in Berlin. Hinzu kommt, dass das Bundesverwaltungsgericht Mietenschutzregelungen wie das gesetzliche Vorkaufsrecht stark eingengt und im Fall des Berliner Mietpreiskegels diesen ganz kassiert hat.

Dass die Resterampe der Mietensinstrumente bei einer gleichzeitig behäbigen Berliner Verwaltung keinen ausreichenden Schutz bietet, mussten im vergangenen Jahr auch die Mieter*innen der Seestraße 110 erfahren. Im Oktober 2023 wechselte ihr Haus nach dreimonatiger Hängepartie den Besitzer. Das Grundstück ging an das von dem Schweizer Investor Ronny Pifko eigens dafür gegründete Konstrukt „Projekt Robinie GmbH“. Pifkos aufstrebende Immobilienfirma BlueRock Group hat ihr Betätigungsfeld schon vor Jahren in Berlin entdeckt und kauft dort vor allem im Gründerzeitsegment ein. Im Fall des

mehr als 100 Jahre alten Hauses in der Seestraße hatten die Bewohner*innen noch versucht, den Investorenkauf abzuwenden. Sie forderten den Bezirk Mitte zum Vorkauf des Hauses auf, um den für Berlin typischen Verdrängungsszenarien vorzubeugen.

Und tatsächlich sah es zunächst so aus, dass die öffentliche Hand anstelle des privaten Käufers in den Kaufvertrag eintreten könnte. Das zuständige Bezirksamt Mitte ließ im Juli 2023 gegenüber den Mieter*innen verkünden, dass es die Ausübung des Vorkaufsrechts prüfe, was seit dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil im November 2021 ein seltener Vorgang ist. Der verbliebene Anwendungsspielraum, den das Urteil für das Vorkaufsrecht lässt, bleibt von der Berliner Politik seither faktisch ungenutzt.

Nicht kaputt genug

So letztlich auch im Fall der Seestraße 110. Die Haltung des zuständigen Baustadtrats, Ephraim Gothe (SPD), hinsichtlich der Ausübung des Vorkaufsrecht war dabei bestenfalls ambivalent. Gothe hatte zunächst "Gesprächsbedarf"

beim Senat angekündigt, um über die für den Vorkauf nötigen Zuschüsse des Landes zu sprechen. Diese seien laut Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) auch vorhanden gewesen. Das Bezirksamt Mitte hatte die Gelder aber nie offiziell angefragt. Stattdessen stellte es das halbherzige Prüfverfahren auf halber Strecke ein – ausgerechnet mit der Begründung, es sei kein Geld vorhanden. Später rechtfertigte das Amt die ausbleibende Initiative damit, dass das Haus nicht kaputt genug sei.

Die Mieter*innen der Seestraße 110 protestierten gemeinsam mit Unterstützer*innen gegen die Untätigkeit des Bezirks. Ihr Haus, so die Bewohner*innen, erfülle die Kriterien für das Vorkaufsrecht: es weist erhebliche Mängel und Missstände auf. Auf dem Grundstück bröckelt der Putz von den Wänden, Schimmel- und Rattenbefall hinterlassen ihre Spuren und ein undichtes Dach gewährt dem Regen Zugang ins Hausinnere. Die 27 Wohneinheiten werden noch mit Öfen beheizt, im Seitenflügel gibt es Etagentoiletten.

Das Aufwertungspotenzial des Hauses ist entsprechend groß. Ebenso die Befürchtung der Bewohner*innen, aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden. Auf den Milieuschutz sei bisher kein Verlass gewesen, resümiert eine Bewohnerin des Hauses. Das werde sich vermutlich auch nach dem Verkauf des Hauses nicht ändern. Umso mehr müsste sich die Hausgemeinschaft nun auf ihre eigene Kraft verlassen.

Mieter*innen sind entschlossen

In den vergangenen Monaten ist alles ruhig geblieben in der Seestraße 110. Der neue Eigentümer hat sich bei den Bewohner*innen noch nicht vorgestellt. Auch die neue Hausverwaltung, die Ernst G. Hachmann GmbH, ist bislang kaum in Erscheinung getreten. Die Dienstleistungsauffassung des Unternehmens lässt sich auf dessen Webseite gleichwohl erahnen: „Wir kümmern uns sowohl um den Objektzustand als auch um eine konsequente Durchsetzung der Hausordnung [...], Beseitigung von Graffiti, Überprüfung vertragswidriger Untervermietungen, Mahnungen, Forderungsmanagement durch persönliche Ansprache [...] und Durchsetzung von Mieterhöhungen.“

Die Mieter*innen bereiten sich derweil auf alle Fälle vor. Die Hausgemeinschaft ist in den letzten Monaten zusammengerückt. Viele sind entschlossen, sich gegen eine für sie unbezahlbare Aufwertung ihres Hauses zu wehren. Sie wollen sich nicht entmieten lassen. Am Eingang des Hauses steht in angesprühten Lettern „See110 – unverwertbar“. Dazwischen ragt eine erhobene Faust. Ob diese sich gegen die Wucht des bürgerlichen Rechts erwehren können wird, bleibt abzuwarten. Bisher ist alles ruhig in der Seestraße 110. ☆

Autor: Christoph Mayer ist Gewerkschafter und lebt in Berlin

Nachrichten

Update: Arbeitskampf im Gesundbrunnen

In der DRK Behindertenhilfe Wedding/Prenzlauer Berg konnten die Beschäftigten letztes Jahr die 100%ige Angleichung der Löhne an den damaligen Tarifvertrag der Länder (TV-L) durchsetzen. Trotzdem müssen die Kolleg*innen bei jeder Erhöhung des TV-L neu dafür kämpfen, dass diese auch in ihrem Haustarifvertrag übernommen wird. Eine Anerkennung ihrer Arbeit z.B. durch Zuschüsse zu Gesundheitsaktivitäten oder die Übernahme der Monatskarte, hat ihr Arbeitgeber auch abgeblockt.

Razzia wegen Palästina-Solidarität

Kurz vor Weihnachten wurde das Interbüro in der Genter Straße von der Polizei durchsucht und verwüstet.

»Damit sollen die kritischen Stimmen gegenüber der Bundesregierung zum Schweigen gebracht werden, welche die aktive Unterstützung der israelischen Kriegspolitik anprangern. Wir haben uns in den vergangenen Wochen für die demokratischen Rechte unserer palästinensischen Nachbarn und Nachbarinnen und für einen Waffenstillstand im Nahen Osten eingesetzt. Dieses Engagement [...] werden wir fortsetzen«, stellt Hussein Jebabli vom Interbüro klar.

Häuser sind zum Wohnen da?

Das "Geisterhaus" an der Ecke Kameruner Str. / Cornelius-Fredericks-Str. soll nun in einem durch den Bezirk Mitte begleitetem Treuhänderverfahren wieder seinen Wohnzwecken zugeführt werden. Im Jahr 2018 war es nach einer rassistischen Medienkampagne vom Bezirk für unbewohnbar erklärt und anschließend von der Polizei medienwirksam geräumt worden.

Gegenwehr gegen die Nebenkostenabzocke

Die Mieter*innen in den Maxgärten traf Ende 2024 wie viele von uns der Schock: Bis zu Zweitausend Euro Nachzahlung verlangte der Eigentümer - die Mähren AG - mit der Nebenkostenabrechnung. Schnell konnten sie Unstimmigkeiten in der Abrechnung feststellen. Gemeinsam fordern sie daher nun die Rechnungen für die absurd hohen Beträge und verweigern bis zum Beleg die Zahlung.

Weddinger Wut - Brandmauer und brauner Fluss

Warum der Kampf gegen Faschismus nicht mit den bürgerlichen Parteien, sondern nur gegen sie geführt werden kann

Ninel

Nachdem das Netzwerk Korrektiv über ein rechtsradikales Treffen in Potsdam berichtet hatte, bei dem Pläne für Massendeportation von Migrant*innen besprochen wurden, gab es Großdemonstration in ganz Deutschland für eine „Brandmauer gegen Rechts“. Auch ein Teil meiner Weddinger Freund*innen gingen auf diese Demos. Als ich gefragt wurde, ob ich mitkomme, habe ich dankend abgelehnt. Warum? Nicht falsch verstehen: Der Kampf gegen AfD ist unbedingt notwendig und mit aller Härte zu führen! Aber auf Demonstrationen zu gehen, auf den Vertreter*innen der Ampelregierung prominent sprechen und die Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte sich als demokratische „Brandmauer gegen Rechts“ inszenieren dürfen, ist absurd.

Die Praxis der letzten Jahre von Regierungen und Behörden zeigt doch deutlich, wer den gesellschaftlichen Rechtsruck nicht nur bedient, sondern vorantreibt. Die Ampel setzt bereits heute das um, was die AfD noch vor 5 Jahren als unaussprechlichen Tabubruch forderte. Kanzler Scholz fordert im Spiegel Massenabschiebung „im großen Stil“ und daraufhin beschloss die Ampel eine weitere Asylrechtsverschärfung, die Abschiebung noch mehr vereinfacht. Friedrich Merz schwadroniert über Geflüchtete, die sich in Deutschland die Zähne machen lassen. Grünen und CDU fordern Gesinnungs-Überprüfung und den Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft, wenn Migrant*innen die Politik Israels kritisieren.

Die deutsche Regierung hat das neue europäische Asyllager-System an den Außengrenzen vorangetrieben, baut die Festung Europa weiter aus und hat das größte deutsche Aufrüstungsprogramm seit dem dritten Reich beschlossen. Diese Liste lässt sich noch sehr lange fortsetzen.



Ein sehr gutes Schild auf den Demonstrationen gegen Rechts

Ich will damit sagen, dass diese „Brandmauer“ bereits jetzt alles tut, was der braune Traum der AfD ist. Die Parteien der sogenannten bürgerlichen Mitte sind nicht die „Brandmauer gegen Rechts“, sondern selbst der braune Fluss, der mit seinem rassistischen Nationalismus jegliche Form von Menschlichkeit wegpült. Der Kampf gegen Faschismus kann nicht mit diesem braunen Strom aus Grünen, SPD, FDP, CDU usw. geführt werden, sondern muss sich genauso gegen ihre menschenverachtende Politik richten. ☆

Reproduktive Gerechtigkeit im Wedding

Erfahrungen zusammen denken

Von der Familien- und Gesundheitskommission Stadtteilkomitee Wedding

Geht es in feministischen Diskussionen um Familienplanung, Selbstbestimmung und Sorgearbeit, wird oft von der individuellen Entscheidung von Frauen gesprochen: ob sie Kinder haben – und dafür schwanger sein wollen – oder eben nicht. Beschäftigt man sich jedoch ausführlicher mit diesen Themen oder erlebt sie am eigenen Leib, so wird schnell klar, dass diese vermeintlich individuelle Entscheidung von vielen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen abhängt. Reicht das Geld für eine Familiengründung? Wer kann mich bei den vielen Aufgaben unterstützen? Wird meine Entscheidung in meinem Umfeld akzeptiert? Damit verbunden ist auch der Kampf gegen die Kriminalisierung von Abtreibungen, die in Deutschland immer noch verboten, aber in den ersten drei Monaten straffrei sind. Aber auch queere Lebensformen oder andere Familienmodelle werden weiterhin problematisiert und tabuisiert: Familien mit vielen Kindern werden rassistisch oder als „asozial“ beschimpft, sich für ein Kind mit Behinderung zu entscheiden trifft oft auf Unverständnis, Adoptionsverfahren sind kompliziert oder werden gänzlich verunmöglicht.

Ganz konkret stellt sich für die meisten Menschen im Wedding mittlerweile die Frage, ob die Wohnung groß genug ist für Kinder oder ob man auf einem überbelegten und diskriminierenden Wohnungsmarkt überhaupt eine neue finden kann. Wer unterstützt bei der Betreuung und wie weit wohnen diese Menschen weg? Und findet man einen guten Kita-Platz in der Nähe? Besonders bei Menschen, die Sozialhilfe bekommen oder in prekären Jobs arbeiten, kommt noch die existenzielle Angst vor Leistungskürzungen oder dem Verlust eines Jobs hinzu. Und auch Menschen mit regulären Jobs müssen den stressigen Spagat zwischen den Ansprüchen des Chefs und den Vorstellungen von guter Versorgung der Familie ausbalancieren.

Wir brauchen andere Orte in unseren Kiezen...

All diese Fragen sind Menschen, die Kinder und Angehörige betreuen, sicher bekannt – sie werden aber selten unter dem Begriff der reproduktiven Gerechtigkeit benannt. Dabei ist es wichtig, die verschiedenen Fragen danach, wie wir selbstbestimmt und in gegenseitiger Fürsorge unser Leben gestalten können – ohne Angst vor Diskriminierung, fehlender Unterstützung, enger Wohnverhältnisse, Einsamkeit oder extremem Stress – zu verbinden. Dafür brauchen wir auch (mehr) Platz in unseren Häusern und Kiezen. Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in mehreren europäischen Städten Häuser gebaut, in deren Wohnungen keine eigenen Küchen eingebaut waren. Dafür wurden geteilte Großküchen, Wäschereien und Versammlungsräume angelegt. So sollte die Haus- und Sorgearbeit vergemeinschaftet und mehr Raum für Begegnung, Austausch und Organisation geschaffen werden. Vielleicht wollen wir heute nicht mehr auf die eigene Küche verzichten. Aber wie spannend wäre es, wenn das ehemalige Karstadt-Haus am Leopoldplatz nicht als Büro- und Ladenfläche, sondern als ein solcher Ort für Selbstverwaltung, Begegnung,

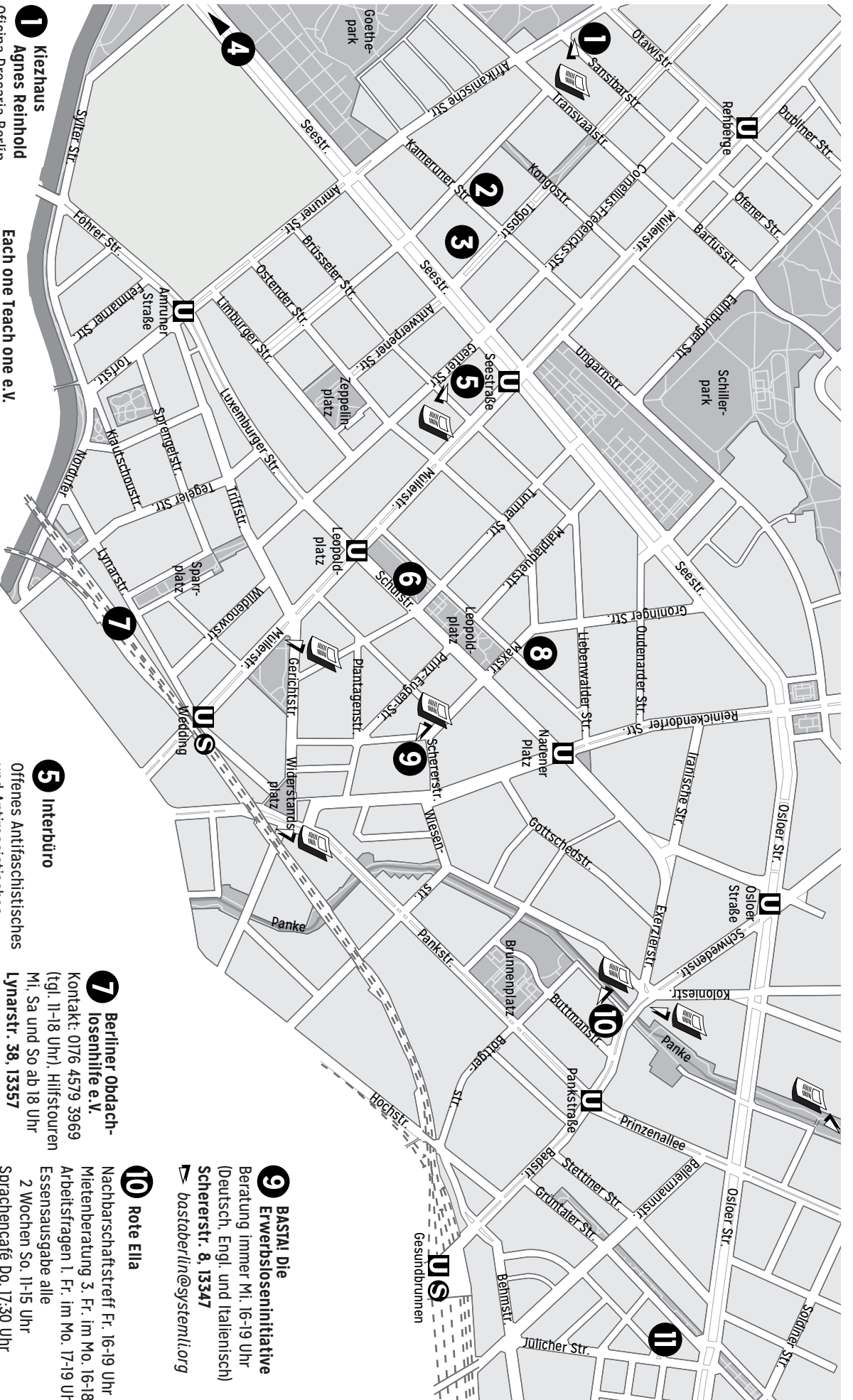


Kochen, politische Veranstaltungen, Verleihen und Reparieren aber auch gesundheitliche Versorgung und Beratung für alle genutzt würde? Die Beispiele aus der Geschichte zeigen, selbst wenn sie nicht immer reibungslos verliefen – es lohnt sich, Utopien zu spinnen und nach konkreter Umsetzung schon hier und jetzt zu suchen.

Manches davon versuchen wir im Kleinen im Stadtteilkomitee Wedding: gemeinsames Kochen oder Café für Familien immer sonntags, Mietrechts- und Arbeitsberatung, Veranstaltungen oder Sprachencafés. Doch wir wollen mehr werden, also kommt gern vorbei! ☆

Feministischer Kampftag

Unsere Erfahrungen und die Kämpfe gegen den angeblich ganz normalen Wahnsinn verbinden uns und machen uns wütend, aber auch in Sorge umeinander gehen wir auf die Straße! Gemeinsam mit euch und euren Familien und Freund*innen waren wir, wie jedes Jahr, am 7. März auf der Kiezdemo. Es war toll!



1 Kiezhaus
Agnes Reinhold
 Oficina Precaria Berlin
 Mo. 17:30-20 Uhr (español)
 Kiezküche Di. ab 18 Uhr
 Offenes Büro Do. 11-14 Uhr
 Suppen/Nachtschisch letzte Sa.
 im Monat 18-20 Uhr
 Elterncafé So. 15-18:00 Uhr
Afrikanische Str. 74, 13351
 < a href="http://www.kiezhaus.org">www.kiezhaus.org

2 Each one Teach one e.V.
 Offene Antidiskriminierungs-
 Beratung, Do. 16-18 Uhr und
 Soziale Beratung für junge
 Menschen, Di 16-18 Uhr in der
Kameruner Str. 16, 13351

3
 Bibliothek Di. u. Do. 14-18 Uhr
 in der **Togost Str. 76, 13351**
 < a href="mailto:eachone@eotc-archiv.de">eachone@eotc-archiv.de

4 Reachout
 Beratungsstelle für Opfer rechter,
 rassistischer und antisemitischer
 Gewalt: 030 / 69 56 83 39
Beusselstr. 35, 10553
 < a href="mailto:info@reachoutberlin.de">info@reachoutberlin.de

5 Interbüro
 Offenes Antifaschistisches
 und Antirassistisches
 Netzwerk Do 18:30-21 Uhr
Genter Straße 60, 13353
 < a href="http://www.interbuero.org">www.interbuero.org

6 Essensausgabe
Leopoldplatz
 Berliner Obdachlosenhilfe
 Mi 18:15-19:45 Uhr

**7 Berliner Obdach-
 losenhilfe e.V.**
 Kontakt: 0176 4579 3969
 (gl. 11-18 Uhr), Hilfstouren
 Mi, Sa und So ab 18 Uhr
Lynarstr. 38, 13357
 < a href="mailto:kontakt@berliner-obdachlosenhilfe.de">kontakt@berliner-obdachlosenhilfe.de

**8 Café Cralle -
 Feministisches
 Kneipenkollektiv**
 täglich ab 19 Uhr
**Hochstädter
 Str. 10a, 13347**

**9 Freie Arbeiterinnen- und
 Arbeiter-Union Berlin**
 Offenes FAU-Lokal Fr. 17-20 Uhr
Grüntaler Str. 24, 13357
 < a href="http://www.berlin.fau.org">www.berlin.fau.org

**9 BASTA! Die
 Erwerbsloseninitiative**
 Beratung immer Mi. 16-19 Uhr
 (Deutsch, Engl. und Italienisch)
Schererstr. 8, 13347
 < a href="mailto:bastaberlin@systeml.org">bastaberlin@systeml.org

10 Rote Ella
 Nachbarschaftstreff Fr. 16-19 Uhr
 Mieterberatung 3. Fr. im Mo. 16-18 Uhr
 Arbeitsfragen 1. Fr. im Mo. 17-19 Uhr
 Essensausgabe alle
 2 Wochen So. 11-15 Uhr
 Sprachencafé Do. 17:30 Uhr
 Familiencafé alle 2 Wo. So. 15-17 Uhr
Buttmanstr. 1a, 13357
 < a href="mailto:gegenmacht.letztdatuelles@post.plumpe.online">gegenmacht.letztdatuelles@post.plumpe.online

Hier findet ihr die PLUMPE Ihr wollt die PLUMPE bei euch auslegen? Meldet euch unter: < a href="mailto:post@plumpe.online">post@plumpe.online

